



## **Bekanntmachung gemäß § 17b Abs. 3 Bundesfernstraßengesetz (FStrG)**

### **Planfeststellungsverfahren für den Neubau des 6. Abschnittes der A 20, von der B 495 bei Bremervörde bis zur L 114 bei Elm, von Bau-km 600+000 bis Bau-km 612+405**

Mit Planfeststellungsbeschluss der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) vom 18.12.2025 – 4130-31027/01 (A20/6.BA) - ist der Plan der Bundesrepublik Deutschland, vertreten zunächst durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Regionaler Geschäftsbereich Stade und seit dem 01.01.2021 durch die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Nord - Außenstelle Stade, für den Neubau der Bundesautobahn 20 von Bremervörde (B 495) bis Elm (L 114) , Bauabschnitt 6: von Bau-km 600+000 bis Bau-km 612+405, gemäß §§ 17 ff. FStrG in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (in der Fassung des Gesetzes vom 25.06.2021, BGBl. I S. 2154) festgestellt worden . Es wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 3b des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010, BGBl. I S. 94, UVPG a.F.) durchgeführt.

**Die Zustellung, Auslegung und Bekanntmachung der Auslegung dieses Planfeststellungsbeschlusses nach § 74 VwVfG und § 27 UVPG werden gemäß § 17b Abs. 3 Satz 1 FStrG jeweils durch nachfolgende Veröffentlichung auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde**

<https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>

**unter dem Titel „Neubau der A 20 6. Bauabschnitt: Bremervörde (B459) - Elm (L114)“ bewirkt.**

#### **1. Der verfügende Teil des Beschlusses lautet im Wesentlichen:**

##### **1.1. Feststellung des Plans**

Der Plan für das o.g. Verkehrsvorhaben wird nach Maßgabe der Änderungen, Inhalts- und Nebenbestimmungen, Zusagen und Vorbehalte festgestellt.

##### **1.2. Plan**

Der festgestellte Plan beschreibt den 4-streifigen Neubau der A 20 von der B 495 bei Bremervörde bis zur L 114 bei Elm. Der etwa 12,4 km lange Bauabschnitt verwirklicht den Regelquerschnitt für Autobahnen RQ 31 (Bild 3 RAA) mit einer Kronenbreite von 31 m auf der gesamten Baulänge. Die Trasse verläuft über das Kornbecksmoor am nördlichen Waldrand der Höhne entlang unmittelbar an der Ortschaft Kiel vorbei. Das Straßendorf Höhne-Lindorf wird nahe der Kreuzung K 105/ K 106 gequert. In einer Wendelinie verläuft die Trasse nördlich der Ortschaft Nieder Ochtenhausen, um wiederum in lang gestreckter westöstlicher Richtung die Oste zu queren.

Neben den Überführungen der Kreisstraßen 105 bei Höhne-Lindorf und der K 106 bei Nieder Ochtenhausen und einer 276 m weiten Überspannung des Talraumes der Oste sieht der Plan eine Vielzahl von Fauna Brücken zur Aufrechterhaltung der naturräumlichen Vernetzungsfunktionen, so die Fauna Brücke am Waldrand der Höhne und weitere Durchlässe, vor. Im Interesse des Erhalts der ländlichen Wegebeziehungen werden die Hauptwirtschaftswege, z.B. der Weiße Moorweg überführt. Eine weitergehende Neuordnung der nachgeordneten Wirtschaftswege bleibt den parallellaufenden Flurbereinigungsverfahren für die Flurbereinigungsgebiete Bremervörde-Nord und Elm-Behrste-Gräpel vorbehalten.

Neben weiteren Kompensationsmaßnahmen in den verschiedenen Kompensationsbereichen u.a. im Flusstal der Oste, im Bereich des Weißen Moorweg, im Fresenburgsmoor und an der Höhne umfasst der Plan zur Kompensation der durch die Trasse verloren gehenden Brutvogellebensräume die Entwicklung ausgedehnter Grünlandbereiche in zusammenhängenden Maßnahmenkomplexen im Kornbecksmoor und am Neuendammer Schiffgraben mit dem Ziel

der Habitatverbesserung für die Avifauna durch Extensivierung der landwirtschaftlichen Grünlandnutzung.

Das Vorhaben wirkt sich in der Stadt Bremervörde und den Samtgemeinden Geestequelle und Oldendorf-Himmelpforten unmittelbar aus.

Daneben ist das Vorhaben prognostisch mit Verkehrsverlagerungen und dadurch bedingten Verkehrslärmsteigerungen im nachgeordneten Straßennetz verbunden, die im Zuge der B 495 zwischen Glinde und Ebersdorf in den Gemeinden Oerel und Ebersdorf, im Zuge der L 114 in den Gemeinden Estorf, Oldendorf und Himmelpforten sowie im Zuge der B 74 in den Ortslagen Elmerheide der Stadtgemeinde Bremervörde und in der Ortslage Hagenah der Gemeinde Heinbockel auch oberhalb der Beurteilungspegel 60/70 dB(A) tags/ nachts verortet sind.

### **1.3. Wasserrechtliche Entscheidungen und Konzentrationswirkung**

Der Beschluss beinhaltet sämtliche wasserrechtliche Entscheidungen (vgl. § 19 Wasserhaushaltsgesetz - WHG) und nach anderen Gesetzen erforderliche Genehmigungen für das Vorhaben (§ 75 Abs. 1 VwVfG), insbesondere naturschutz- und waldrechtliche Entscheidungen.

### **1.4. Nebenbestimmungen**

Der Beschluss ist mit Inhalts- und Nebenbestimmungen zu Immissionen, Naturschutz, Wald, Wasserwirtschaft, Bodenschutz und Abfall, Denkmalschutz, Straßen und Wegen, Schienen- und Schifffahrtswegen, Landwirtschaft, Belangen Privater sowie zur Bauausführung einschließlich umfangreicher Abstimmungs- und Beteiligungspflichten verbunden.

### **1.5. Entscheidungen über Einwendungen, sonstige Äußerungen, Forderungen, Hinweise und Anträge**

In dem Beschluss ist über alle vorgetragenen Einwendungen, Äußerungen, Forderungen, Hinweise und Anträge entschieden worden. Alle Einwendungen werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht durch den Planfeststellungsbeschluss, insbesondere durch die Nebenbestimmungen insgesamt oder teilweise stattgegeben wird oder sie sich nicht durch Rücknahme, Berücksichtigung seitens der Vorhabenträgerin oder auf andere Weise insgesamt oder teilweise erledigt haben.

## **2. Rechtswirkungen der Planfeststellung**

Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihr berührten öffentlichen Belange festgestellt; neben der Planfeststellung sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich. Durch die Planfeststellung werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen der Vorhabenträgerin und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt (§ 17c FStrG i.V.m. § 75 Abs. 1 VwVfG). Die Enteignung ist zulässig, soweit sie zur Unterhaltung oder Ausführung des planfestgestellten Bauvorhabens notwendig ist. Einer weiteren Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung bedarf es nicht. Der festgestellte Plan ist dem Enteignungsverfahren zugrunde zu legen und für die Enteignungsbehörde bindend (§ 19 Abs. 1 und 2 FStrG).

## **3. Die Rechtsbehelfsbelehrung mit ihrem wesentlichen Inhalt lautet:**

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim Bundesverwaltungsgericht, Simsonplatz 1, 04107 Leipzig erhoben werden. Eine Klagerhebung ist an weitere Formen gebunden, die der Beschlussveröffentlichung zu entnehmen sind.

## **4. Zugänglichmachung**

Der Planfeststellungsbeschluss mit Rechtsbehelfsbelehrung und der festgestellte Plan werden in der Zeit vom

**28.01.2026 bis zum 10.02.2026 (einschließlich)**

unter dem Titel „**Neubau der A 20 6. Bauabschnitt: Bremervörde (B459) - Elm (L114)**“ auf der Internetseite der NLStBV

<https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>

elektronisch veröffentlicht.

Zudem sind die Unterlagen auf dem zentralen UVP-Portal des Landes Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de>) unter dem Titel „Neubau der A 20 von Bremervörde bis Elm; 6. Bauabschnitt“ auch über den o.g. Veröffentlichungszeitraum hinaus zugänglich.

## 5. Hinweise

Mit dem Ende der zweiwöchigen Veröffentlichungsfrist nach § 17b Abs. 3 Satz 1 FStrG gilt die Entscheidung dem Träger des Vorhabens, den Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben haben, als zugestellt (§ 17b Abs. 3 Satz 4 FStrG).

Einem Beteiligten wird auf sein Verlangen eine andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt (§ 17b Abs. 3 Satz 3 FStrG). Das Verlangen ist bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist per E-Mail oder schriftlich unter Angabe der vollständigen Kontaktdaten an die Planfeststellungsbehörde zu richten (Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76A, 30453 Hannover, E-Mail: [Sabrina.Kuhlmei@nlstbv.niedersachsen.de](mailto:Sabrina.Kuhlmei@nlstbv.niedersachsen.de)). In der Regel erfolgt dies mit einem USB-Stick, auf dem der Beschluss mit Rechtsbehelfsbelehrung und der festgestellte Plan gespeichert sind.

Diese Bekanntmachung ist bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist auch auf der Internetseite der NLStBV (<https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>) und dauerhaft auf dem niedersächsischen UVP-Portal (<https://www.uvp-verbund.de>) abrufbar.

Aufgrund der seit dem 25.05.2018 anwendbaren Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit in dem o.g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen und darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren von der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde (Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover) erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Die persönlichen Daten werden benötigt, um die Betroffenheit beurteilen zu können. Sie werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Daten können an die Vorhabenträgerin und ihre mitarbeitenden Büros zur Auswertung der Äußerungen weitergegeben werden. Insoweit handelt es sich um eine erforderliche und somit rechtmäßige Verarbeitung aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung gemäß Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 c) DSGVO. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kommunikation per einfacher E-Mail nicht gesichert und daher für die Übermittlung sensibler Daten (insbesondere personenbezogene Daten nach Artikel 9 Abs. 1 DSGVO) nicht geeignet ist. Für die Übermittlung sensibler personenbezogener Daten steht der Postweg zur Verfügung.

Hannover, 21. Januar 2026

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Dezernat 41 Planfeststellung (Az.: 4130- 31027/01(A 20/6.BA)

Im Auftrage

gez. Kuhlmei